

B3-171-1 Kapitel 3: Solidarität sichern - Zeile 171: Beweislast Auftraggeber*innen, dass keine Scheinselbstständigkeit

Gremium: AK Soziales & AK Wirtschaft
Beschlussdatum: 21.04.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 5. nicht-priorisierte Anträge

Antragstext

1 Wenn der/die Auftragnehmer*in [streiche: einer Plattform]angibt, einen
2 Arbeitnehmerstatus zu haben, soll künftig der/die Auftraggeber*in beweisen, dass
3 dem nicht so ist, unabhängig davon, ob es sich um Online-Plattformen oder
4 sonstige Unternehmen oder Institutionen handelt. Unfares Preis-Dumping gilt es
5 durch ein Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen zu unterbinden.
6 Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-Selbständige, die für Plattformen oder
7 sonstige Auftrags- bzw. Arbeitgeber tätig werden, sollen sich künftig leichter
8 tariflich organisieren können, und branchenspezifisch sollen weitere
9 verbindliche Honoraruntergrenzen

Begründung

Scheinselbstständigkeit gibt es leider nicht erst, seit immer die beschriebenen Online-Plattformen aus dem Boden sprießen. In vielen Branchen, z.B. der Erwachsenenbildung, ist sie seit Jahrzehnten Gang und Gebe, dass die Mitarbeiter*innen keine Anstellung erhalten sondern nur Werkverträge ohne soziale Absicherung wie Lohnfortsetzung im Krankheitsfall. Diese Beschäftigten (vermeintlich Unternehmer*innen) müssen in ihrem Kampf um Arbeitnehmer*innen-Staus und -Rechte ebenso unterstützt werden wie diejenigen, die ihre Jobs (vermeintlich Aufträge) über Online-Plattformen gefunden haben.

BDK-Antragsgrün: https://antraege.gruene.de/46bdk/kapitel_3_solidaritaet_sichern-60334/10193